



Positionspapier des Netzwerks für Kultur- und Jugendarbeit e.V. zum Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept 2015 der Stadt Chemnitz (EKKo 2015)

Die Stadtverwaltung Chemnitz hat mit dem Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept 2015 ein Papier vorgelegt, mit dem sie in den Jahren 2011 bis 2015 177,63 Millionen Euro sparen und den städtischen Haushalt dauerhaft um 50 Millionen Euro schlanker machen will. Dabei kann der Name des Papiers nicht darüber hinweg täuschen, dass es sich hierbei eben nicht um ein Konzept handelt, dem eine inhaltlich-strategische Ausrichtung zu Grunde liegt. Strategische Aussagen fehlen gänzlich und bei den meisten Einzelmaßnahmen sind keine ernsthaft eruierten Umsetzungsfolgen formuliert.

Mit dem EKKo 2015 hält sich die Stadtspitze selbst einen Spiegel vor das Gesicht. Sie muss Versäumnisse eingestehen, die in den letzten Jahren gemacht wurden und es ist ein Sinnbild für das fehlende Leitbild unserer Stadt. Es zeigt:

- Verwaltungsstrukturen, die personell zu aufgebläht sind und sich in den letzten Jahren nicht den realen Bedingungen und Erfordernissen angepasst haben;
- Verwaltungsstrukturen die unflexibel arbeiten und in der Vergangenheit wenig Weitblick für technischen Fortschritt besaßen;
- Misswirtschaft, in der der Wettbewerbsgedanke der sozialen Marktwirtschaft keine Rolle zu spielen scheint;
- zu viele Tochterunternehmen und städtische Beteiligungen, die auf Zuschüsse statt auf Gewinne ausgerichtet sind;
- fehlende bedarfsgerechte Planungen in allen sozialen Bereichen
- eine "familienfreundliche" Stadt, die kaum noch Angebote für Familienbildung fördern will
- eine "kinderfreundliche" Stadt, die Qualitätseinbußen in Kindertagesstätten initiiert
- eine „jugendfreundliche“ Stadt, die 1/3 der bisherigen Angebote im Bereich der Jugendarbeit aus „demografischen Gründen“ für verzichtbar hält
- eine "Kulturstadt", die sich schützend vor ihre Museen stellt, aber der freien Kulturszene die finanzielle Unterstützung kürzt.
- eine Stadt, die ihre wenige Jahre alten Prestigeprojekte nicht mehr finanzieren kann und sich mit den laufenden Ausgaben für Einrichtungen wie z.B. DASTietz völlig übernommen hat.

Das Fehlen investiver Schlüsselzuweisungen will die Stadt mit der Reduzierung freiwilliger Aufgaben kompensieren (siehe Einleitungstext, Seite III).

Die Stadt des missglückten Brückenbaus mauert sich weiter ein, schafft Infrastrukturen die keiner braucht, für Menschen, die längst nicht mehr da sind. Sie verausgabt sich lieber durch Planungsfehler bei Bauvorhaben und mangelnde Konsequenzen bei Mehrausgaben im Baudezernat. Statt im Vermögenshaushalt nach Lösungen zu suchen, wird das Gemeinwesen in Frage gestellt, werden soziale Leistungen massiv gekürzt, werden die Bürger durch Steuern, Gebühren und Abgaben zur Kasse gebeten.

Die Belebung der Innenstadt wird durch erhöhte und erweiterte Parkgebühren blockiert, die steigende Geburtenrate durch beeinträchtigte Bedingungen für Familien gebremst, der Wegzug junger Leute durch verschlechterte Lebensbedingungen beschleunigt, das Engagement von Bürgern durch mangelnde Anerkennung gestraft. Sport kann nur noch der Besserverdienende treiben und wenn junge Menschen außerhalb von Schule nach Unterstützung und Freizeitmöglichkeiten suchen, werden sie in Zukunft öfter enttäuscht werden.

Da im EKKo geschrieben steht, dass das Konsolidierungsprogramm „mit der beabsichtigten strategischen Entwicklung der Stadt Chemnitz kompatibel ist“ (EKKo 2015, S. IV), muss man vermuten, dass all das gewollt und bewusst geplant ist.

Das Sozialamt gewinnt dem Szenario sogar eine positive Komponente ab. Es wird mit sinkenden Fallzahlen von Leistungsempfängern gerechnet, „infolge positiver Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt“ (EKKo 2015, S. 137). Durch den Mangel an Fachkräften und Nachwuchs werden Arbeitsplätze frei – die Stadt kann 2 Millionen Euro für die „Kosten der Unterkunft“ sparen und die Wirtschaft jubelt, weil ihre neuen Arbeitnehmer mit Hilfe von Eingliederungsleistungen zur positiven Entwicklung der Unternehmen beitragen werden.

Da fragt sich der Leser, ob die Stadt über ihre eigene Bevölkerungsstruktur informiert ist. Zunehmende familiäre Problemlagen, die z.B. deutlich an der Inanspruchnahme von „Hilfen zur Erziehung“ ablesbar sind, werden verkannt. Statt Unterstützungsangebote auszubauen und der nachwachsenden Generation bessere Bildungschancen zur Verfügung zu stellen, erscheint es dem Dezernat 5 „verantwortbar, für den Zeitraum der nächsten 5 Jahre das Zuschussbudget abzusenken“ (EKKo 2015, S. 170). Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sollen um 33%, Angebote der außerschulischen Jugendbildung um 22% innerhalb ihres Budgets gekürzt werden. Die Kinder und Jugendlichen, die ihre Freizeit dann auf der Straße verbringen, können auch durch Mobile Jugendarbeit nicht mehr erreicht werden, denn auch hier soll es zu Einschnitten von 33% kommen.

Durch die Kritik an der bildungsfernen Jugend, das Beklagen überforderter Eltern und das Jammern über hilflose Lehrer wird sich an der gesellschaftlichen Schieflage nichts ändern. Chemnitz hat das erkannt und wird lieber aktiv:

- durch sukzessiven Verzicht auf Freizeitpädagogik und weitere Leistungen der Jugendhilfe und
- durch die Ignoranz vorhandener Problemlagen.

Was zählt, ist die Verringerung von Bevölkerungskohorten der 14- bis unter 16-Jährigen. Das auch dies nur eine Momentaufnahme ist und die nachwachsenden Altersgruppen schon wieder über stärkere Jahrgänge verfügen, bleibt unbedacht.

Im basiskulturellen Bereich agiert die Stadtspitze ähnlich kurzsichtig. Die beabsichtigte Reduzierung der Förderung der Freien Kulturszene um 80.000 Euro wird nicht ohne dauerhaften Verlust an Substanz umsetzbar sein. Viele der Vereine und Initiativen arbeiten schon jetzt unter Ausnutzung eines hohen Maßes ehrenamtlichen Engagements an der Grenze der Wirtschaftlichkeit. Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip sind daher nicht machbar, die Schließung bestimmter Einrichtungen scheint unvermeidlich. Es ist bekannt, dass Chemnitz schon jetzt spürbare Defizite im Bereich der Basiskultur im Vergleich zu anderen Städten hat. Ein weiterer Abbau führt unweigerlich zur beschleunigten Abwanderung vor allem junger, qualifizierter und kulturell interessierter Menschen, und trägt zum Verstärken des Ungleichgewichtes der Generationen in Chemnitz bei.

Das mit dem EKKo 2015 geplante Vorgehen der Verwaltungsspitze gleicht einem Haushalt, der zum Energiesparen die Heizungen aus der Wand reißt, statt Wärmedämmung oder effizientere Heizmethoden in Erwägung zu ziehen.

Das Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V. hatte sich seit Anfang Februar in Form einer Workshopreihe darum bemüht, sozialverträgliche und kostendämmende Einsparpotentiale zu finden. Unter Beteiligung des öffentlichen Trägers, freier Träger, der Liga, einzelner Stadträte und Jugendhilfeausschussmitglieder wurden Ideen zur effizienteren Ressourcennutzung entwickelt, die nun auf ihre Umsetzbarkeit durch die Stadtverwaltung geprüft werden müssten. An diesem Punkt haben sich die Vertreter des Amtes für Jugend und Familie und des Dezernates 5 dem Prozess entzogen und eine weitere aktive Teilnahme und Umsetzung in Frage gestellt.

Das Netzwerk hält an den erarbeiteten Vorschlägen fest und wird versuchen, die Verwaltung durch ein entsprechendes Quorum im Jugendhilfeausschuss, mit der Prüfung zu beauftragen.

Die Stadt wird sich zu ihrem Plan des massiven Sozialabbaus öffentlich positionieren müssen und sie wird zur Beantwortung vieler Fragen genötigt werden.

Einige davon sind:

- Darf sich eine Kommune in Zeiten der Krise die Einführung eines e-Government mit Kosten von 7 Millionen leisten und damit sämtliche Konsolidierungsbeiträge im Dezernat 1 wieder aufheben?
- Die Maßnahmen beinhalten bei Strukturveränderungen innerhalb der Verwaltung oft „Personalüberhänge“, die nicht gekündigt, sondern in der Stadtverwaltung weiterbeschäftigt werden sollen. Liegt all dem ein Personalentwicklungskonzept zugrunde? Wie soll der Personalbestand spürbar reduziert werden (siehe S. III), wenn nur auf die Möglichkeiten der Verrentung oder Altersteilzeit gewartet werden?
- Ist eine Kommune nur in Konsolidierungszeiten gezwungen, wirtschaftlich zu arbeiten und betriebswirtschaftliche Grundsätze zu berücksichtigen? Die Konsolidierungsvorschläge des Dezernats 6 lassen große Versäumnisse der letzten Jahre deutlich werden!
- Aus der Angabe einzusparender Personalkosten lassen sich die Vergütungen einzelner Mitarbeiter erkennen. Kommt die Stadt hier vollumfänglich dem Datenschutz nach?
- Die Verdiensthöhen der Mitarbeiter der Stadtverwaltung erscheinen utopisch. D 6 kalkuliert einen neu einzustellenden Energieberater mit 58.425 € (S.234) und technische Kräfte mit 50.000 € (S.244). Auch beim Personalabbau im Amt für Jugend und Familie offenbaren sich unglaubliche Personalkosten zwischen 50.000 und 60.000 € pro Jahr und AE. Dasselbe Amt für Jugend und Familie hatte im Frühjahr 2010 den freien Trägern der Jugendhilfe eine künftige Personalkostenpauschalierung von durchschnittlich 30.000 Euro pro 1,0 AE vorgeschlagen. Hier wird bei der Bezahlung von Personal sehr deutlich mit zweierlei Maß gemessen. Dazu sollte sich die Stadtverwaltung ebenso positionieren wie zu der Tatsache, das auf Seite 165 bei der Übertragung von Kindertagesstätten in freie Trägerschaft die Bedingung formuliert ist: „Die übernehmenden Träger stellen das erforderliche Personal nach einem Tarif ein, der deutlich unter dem TVöD liegt.“

Wir hoffen auf eine breite öffentliche Auseinandersetzung zu den Aussagen des EKKo 2015 und fordern die Stadtspitze zur Kurskorrektur auf. Die sozialen Belange der Bürger von Chemnitz dürfen nicht als Einsparpotential dienen! Kultur, Soziales, Jugend und Sport sind keine freiwilligen Aufgaben und nicht geeignet, 40% des gesamten Konsolidierungsvolumens aufzubringen. Diese Bereiche mit ihren Angeboten sind notwendig, um unsere Stadt lebenswert erscheinen zu lassen und ihren Einwohnern den Stellenwert zu geben, der ihnen gebührt.

Chemnitz, 04.08.2010

Vorstand
Netzwerk für Kultur und Jugendarbeit e.V.